

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 271 (1992)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bühler, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-376810>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

Von Dr. Walter Bühner, Trogen

«Auf die erste Freude über unsere Befreiung folgt nun unausweichlich eine Phase der Ernüchterung und der Niedergeschlagenheit. Erst jetzt, wo wir in der Lage sind, alles zu beschreiben und beim Namen zu nennen, erkennen wir das ganze Ausmass des grauenhaften Erbes, das uns das totalitäre System hinterliess, und wir werden gewahr, wie langwierig und schwer die Aufgabe sein wird, all diesen Schaden gutzumachen.» Was der tschechoslowakische Dichter-Präsident *Václav Havel* ausdrückte, galt 1990/91 für sämtliche ostmitteleuropäischen Länder: Sie sahen sich, nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaftsordnungen, vor die schwierige Aufgabe gestellt, nicht nur die Trümmer der Diktatur zu beseitigen und freiheitlich-demokratische Ordnungen zu schaffen, sondern auch die wirtschaftlichen Fundamente zu legen, um möglichst rasch den Anschluss an das übrige Europa zu finden.

1990/91 war nurmehr bedingt ein Jahr des Aufbruchs, der Euphorie, der überschäumenden Hoffnung. Wohl wurde in der Berichtsperiode die deutsche Wiedervereinigung abgeschlossen, löste sich der Warschauer Pakt auf und einigten sich die Grossmächte auf eine Reduktion der konventionellen Streitkräfte in Europa. «Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs besteht die Aussicht, dem Ziel Friede in Freiheit in ganz Europa näherzukommen», stellte der Bundesrat im Spätherbst 1990 in seinem Sicherheitsbericht fest. Aber: «Wir stehen erst am Anfang eines lange dauernden, möglicherweise turbulenten Prozesses, dessen Ausgang heute noch weitgehend ungewiss ist.» Dem abrupten Ende des kalten Krieges folgte nicht automatisch ein Zugewinn an Stabilität und Sicherheit. In Osteuropa und in der Sowjetunion verschärfen sich die Nationalitätenkonflikte; die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zogen weitherum gesellschaftliche und politische Unrast nach sich.

Auch ausserhalb Europas bedeutete das Nachlassen der Rivalität zwischen den Supermächten nicht zwangsläufig den Übergang zu friedlicheren, geordneteren Verhältnissen. Wohl wurde die Beilegung regionaler Konflikte begünstigt – beispielsweise in Zentralamerika (Nicaragua, El Salvador) und im südlichen Afrika (Angola, Mosambique, Republik Südafrika). Der *Golfkonflikt* zeigte indessen, dass brutale Übergriffe keineswegs der Vergangenheit angehören. Die Bewältigung dieser von Irak vom Zaun gerissenen Krise wurde zum Testfall für die Durchsetzung fundamentaler Regeln des Völkerrechts. Umso bedeutsamer war, dass es im Schosse der UNO gelang, ein koordiniertes Vorgehen gegen den Aggressor Irak herbeizuführen und das besetzte Scheichtum Kuwait zu befreien.

Schicksalstag 2. August 1990

Dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait – am 2. August 1990 – waren massive Drohungen vorausgegangen. Der irakische Machthaber *Saddam Hussein* hatte vom Emirat Kuwait ultimativ die Streichung seiner Schulden und die Abtretung von Erdölfeldern gefordert. Seit dem achtjährigen Krieg gegen Iran (1980–1988) war Irak tief verschuldet; aber es verfügte über eine kampferprobte Armee, die mit Unterstützung der Sowjetunion und mehrerer westlicher Länder hochgerüstet worden war.

Die Völkergemeinschaft reagierte unmissverständlich und entschlossen: Der UNO-Sicherheitsrat forderte Irak zum Rückzug auf und erklärte den «Anschluss» Kuwaits für «null und nichtig». Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, verhängte der Sicherheitsrat am 6. August ein Wirtschaftsembargo, das allen Mitgliedstaaten den Handels- und Zahlungsverkehr mit Irak und dem besetzten Kuwait verbot. Drohungen *Saddam Husseins* gegen Saudi-Arabien veranlassten die USA – nach einem Hilfsersuchen

des saudischen Königs Fahd –, Truppen und Kampfflugzeuge ins Königreich zu verlegen. Erfolgreich bemühte sich die amerikanische Diplomatie in den folgenden Wochen um die Schaffung einer *multinationalen Streitmacht* am Golf, der nicht nur westliche Nationen wie Grossbritannien, Frankreich, Italien, Holland und Kanada, sondern auch arabische Länder (Ägypten, Syrien, Marokko, Vereinigte Arabische Emirate) angehörten. Angesichts dieser unerwarteten Reaktion – nach vier Wochen befanden sich bereits rund 70 000 Amerikaner mit modernster Ausrüstung im Konfliktgebiet – verlegte sich Saddam Hussein auf eine Hinhaltestrategie, die auch vor dem Missbrauch westlicher Geiseln als «menschliche Schutzschilde» an potentiellen Zielen eines Angriffs nicht zurückschreckte. Mit einer Blockade zur See und später auch in der Luft setzten die USA die Isolierung Iraks von der Aussenwelt durch. Am 27. November einigten sich die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates auf eine Resolution, die ein militärisches Vorgehen gegen Irak zulies, falls Saddam Hussein seine Truppen nicht bis zum 15. Januar 1991 aus Kuwait zurückziehen würde.

«Operation Wüstensturm»

Vergeblich bemühte sich der irakische Diktator, die Lösung der Kuwait-Frage von der Beilegung des Palästina-Konfliktes abhängig zu machen und dadurch die Solidaritätsfront gegen sein Land zu durchbrechen. Zwar genoss das irakische Vorgehen in manchen arabischen Ländern (vor allem in den Maghreb-Staaten, aber auch unter den Palästinensern) erhebliche Sympathie; der Versuch Saddams Husseins, sein Raubrittertum als «heiligen Krieg» gegen den «Imperialismus» darzustellen, blieb aber auch im arabischen Lager umstritten. Je länger die Krise dauerte, umso deutlicher erwies sich, dass Irak einer friedlichen Konfliktlösung nicht zugänglich war. Nachdem sämtliche Vermittlungsbemühungen gescheitert waren – US-Aussenminister James Baker traf noch am 10. Januar in Genf mit Iraks Aussenminister Tarik Aziz zusammen – eröffne-

ten die USA und ihre Verbündeten am 17. Januar um 00.30 Uhr die «Operation Wüstensturm».

Das bewaffnete Vorgehen zur Befreiung Kuwaits wurde zu einem der erfolgreichsten Feldzüge der Kriegsgeschichte. Nachdem die Alliierten unter dem amerikanischen General *Norman H. Schwarzkopf* in einer ersten Phase die Lufthoheit über Kuwait und Irak errungen hatten, beschränkten sich ihre Aktionen in den folgenden fünf Wochen auf Luftangriffe gegen strategische Ziele in Irak und gegen die um Kuwait eingegrabenen Truppenverbände. Die Kriegführung der multinationalen Streitkräfte richtete sich in dieser Phase auch gegen industrielle Einrichtungen, in denen die Produktion von Chemie- und Atomwaffen vermutet wurde. Vergeblich bemühte sich die irakische Führung, Israel durch Raketenangriffe zum Eingreifen in den Krieg zu provozieren, was sich zweifellos belastend auf das arabisch-westliche Zusammenspiel gegen Irak ausgewirkt hätte. Indem sie Hunderttausende von Tonnen Erdöl in den Persischen Golf auslaufen liessen und später die Erdölfelder im Norden Kuwaits in Brand setzten, begingen die Iraker beispiellose Terrorakte gegen die Umwelt, die in keinem rationalen Verhältnis zu den Kriegshandlungen standen. Am 24. Februar starteten die Alliierten ihre Bodenoffensive, die innert weniger Stunden zum Zusammenbruch der irakischen Front führte. Amerikanische, britische und französische Truppen drangen in einer minutiös geplanten und vorbereiteten Zangenbewegung weit nach Südirak vor und schnitten die irakischen Gardetruppen von ihren Rückzugsmöglichkeiten ab. Bereits am 27. Februar akzeptierte Saddam Hussein bedingungslos die 12 UNO-Resolutionen; unter anderem anerkannte Irak die Souveränität Kuwaits und verpflichtete sich zur Zahlung von Reparationen.

Das Massaker am kurdischen Volk

Entgegen den Erwartungen der USA und der Alliierten bewirkte die Niederlage der irakischen Streitkräfte aber vorerst nicht den Sturz Saddams Husseins. Zwar rebellierten im Norden des Lan-



Am 2. August 1990 marschierten irakische Truppen in Kuwait ein; am 17. Januar 1991 eröffneten die USA und ihre Verbündeten die «Operation Wüstensturm» zur Befreiung des Emirats, und am 27. Februar 1991 kapitulierte bzw. akzeptierte Iraks Diktator Saddam Hussain die UNO-Resolutionen.

des die Kurden, im Süden, unterstützt von Iran, die Schiiten. Den Aufständischen gelang es anfänglich, einige Städte unter ihre Kontrolle zu bringen; doch gewannen die Saddam ergebenen Truppen bald wieder die Oberhand. Die Rache des Regimes war erbarmungslos; Tausende von kurdischen und schiitischen Widerstandskämpfern wurden hingemetzelt. Das Massaker löste eine Flüchtlingswelle aus: Hunderttausende von *Kurdinnen und Kurden* verliessen ihre Wohnstätten und versuchten, sich in Iran oder in der Türkei in Sicherheit zu bringen. Die USA hatten sich anfänglich dagegen gesträubt, im irakischen Bürgerkrieg zu intervenieren; als die Flüchtlingstragödie immer schlimmere Ausmasse anzunehmen begann, vollzogen sie eine Kehrtwendung: Zusammen mit britischen und französischen Truppen richteten sie im Norden Iraks – ungeachtet

der Proteste des Saddam-Regimes – geschützte Zonen für die kurdischen Flüchtlinge ein.

Der Mittlere Osten blieb eine Krisenregion. Der Krieg zur Befreiung Kuwaits öffnete nicht automatisch den Weg zu einer umfassenden Friedensordnung, zu einer «Neuen Weltordnung», wie sie US-Präsident George Bush erhoffte. Entgegen verbreiteten Erwartungen waren im *Palästina-Konflikt* vorerst nur geringe Fortschritte zu erzielen.

Obschon US-Aussenminister James Baker während mehreren Wochen zwischen den verschiedenen Konfliktparteien zu vermitteln versuchte, beharrten alle Seiten auf ihren grundsätzlichen Positionen: Israel lehnte das auch von den USA unterstützte Konzept «Land gegen Frieden» kategorisch ab und fuhr damit fort, neue «Siedlungen» in den besetzten Gebieten anzulegen.



Nach der Niederlage der irakischen Streitkräfte verliessen Hunderttausende von Kurdinnen und Kurden ihre Wohnstätten und versuchten, sich in Iran oder in der Türkei in Sicherheit zu bringen.

Deutschland nach 45 Jahren wieder vereint

Auch in *Deutschland* folgte der Euphorie Ernüchterung. Nach der friedlichen Selbstbefreiung des DDR-Volkes im Spätherbst 1989 brachte das folgende Jahr unerwartet rasch die Vereinigung der beiden seit 1945 getrennten Teile Deutschlands. Schon zu Beginn des Jahres 1991 offenbarte sich indes, wie schwierig in den neuen Bundesländern der Übergang von der zentral gelenkten Planwirtschaft zu einem marktwirtschaftlichen System sein würde.

Die deutsche Einheit vollzog sich in einem historisch ausserordentlichen Augenblick. Die Chancen, die sich durch den Zerfall des Sowjetimperiums und die wirtschaftlichen Schwierig-

keiten der UdSSR eröffneten, wurden von der Bonner Regierung kaltblütig und zielstrebig ausgenützt. Die Chronologie des Wiedervereinigungsprozesses ist, selbst im Rückblick, atemberaubend: Am 2. Juli 1990 trat die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen BRD und DDR in Kraft; die D-Mark wurde in der DDR offizielles Zahlungsmittel. Am 16. Juli erhielt Bundeskanzler Kohl bei einer Visite im Kaukasus vom sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow die Zusicherung, dass ein vereinigtes Deutschland der Nato angehören könne und dass die sowjetischen Truppen bis 1994 aus Ostdeutschland abgezogen würden. Am 12. September unterzeichneten die Aussenminister der beiden deutschen Staaten sowie der vier Sieger-



1990 endete die 45jährige Teilung Deutschlands; die DDR öffnete die Berliner Mauer.

mächte des Zweiten Weltkrieges in Moskau den Deutschland-Vertrag, der die Suspendierung der alliierten Rechte für Deutschland und Berlin rechtlich verankerte. Am 3. Oktober schliesslich vollzog sich die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in einer erweiterten Bundesrepublik. Mit dem Hissen der schwarz-rot-goldenen Flagge vor dem Reichstagsgebäude in Berlin endete die 45jährige Teilung Deutschlands. Die DDR hörte auf zu existieren. Neu geschaffen wurden aus ihrer «Konkursmasse» die fünf Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Die politische Leistung der CDU/CSU/FDP-Koalition im Zusammenhang mit der Wiederver-

einigung wurde von den deutschen Wählern am 2. Dezember honoriert: Die Regierungsparteien errangen eine Mehrheit von 134 Sitzen im ersten gesamtdeutschen Bundestag. Die SPD (mit dem Kanzlerkandidaten Oscar Lafontaine) fiel auf einen historischen Tiefststand von 33,5 % zurück; die westdeutschen Grünen – die der deutschen Einheit opponiert hatten – waren im Bundestag nicht mehr vertreten. Der *Wiedervereinigungs-Bonus* blieb indessen nicht von Dauer. Bereits am Jahresanfang 1991 erwies sich, dass die Schwierigkeiten des Vereinigungsprozesses von der Regierung unterschätzt worden waren. Entgegen früheren Zusicherungen musste die Bonner Koalition Steuererhöhungen beschlies-

sen. Die Quittung folgte auf dem Fuss: Am 20. Januar erlitt die CDU/FDP-Koalition in Hessen eine knappe Niederlage gegen SPD und Grüne. Noch verheerender war das Ergebnis der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz für die CDU: Erstmals seit dem Krieg verlor sie ihre Stellung als stärkste Partei an die SPD.

Unruhe und Umwälzungen in Jugoslawien und Albanien

Ungleich gravierendere Folgen aus dem Zerfall des kommunistischen Systems ergaben sich im Vielvölkerstaat *Jugoslawien*. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Chronik herrschten in Kroatien bürgerkriegsähnliche Zustände, was die mehrheitlich aus Serben bestehende Bundesarmee zum Eingreifen in den Konflikt bewog. Bereits im Oktober 1990 hatten die Streitkräfte in Slowenien interveniert, nachdem slowenische Milizen gegen den Widerstand Belgrads die Territorialverteidigung in Ljubljana übernommen hatten. Am 23. Dezember sprachen sich die Slowenen mit einer Mehrheit von fast 90 % für die Umwandlung Jugoslawiens in einen lockeren Staatenbund aus, und am 26. Dezember erklärte sich Slowenien zum souveränen Staat. In der Folge verschärften sich die Spannungen zwischen den Teilrepubliken Slowenien und Kroatien einerseits und dem nach wie vor kommunistisch dominierten Serbien andererseits. Vergeblich bemühte sich das aus den Präsidenten der sechs Teilrepubliken zusammengesetzte Staatspräsidium um eine Lösung der Konflikte.

Unruhen und Umwälzungen auch in *Albanien*: Nach Studentenunruhen in Tirana im Dezember 1990 rang sich das Regime dazu durch, ein Mehrparteiensystem im bisher abgeschlossensten Land Europas zuzulassen. Ein weiteres Ventil öffnete sich, als Anfang März rund 20 000 Albaner auf Booten nach Süditalien flüchten konnten. Trotz der verbreiteten Unzufriedenheit vermochte die KP Albaniens am 31. März bei den ersten freien Wahlen rund zwei Drittel der 250 Parlamentsmandate zu gewinnen. Auch in Rumänien (am 20. Mai 1990) und in Bulgarien (am 10.

Juni 1990) setzten sich nicht die neugegründeten freiheitlichen Parteien, sondern die aus den bisherigen kommunistischen Parteien hervorgegangenen Kräfte durch. In Polen trug Arbeiterführer Lech Walesa den Sieg in den ersten freien Präsidentschaftswahlen seit dem Sturz des kommunistischen Regimes davon.

Freiheitsdrang der Völker in der Sowjetunion

In der *Sowjetunion* beschleunigten sich die zentrifugalen Kräfte. Zu den Spannungen zwischen den Unionsrepubliken (vor allem im Baltikum, in Georgien und Armenien) gestellten sich wirtschaftliche Schwierigkeiten und teilweise erbittert geführte Machtkämpfe zwischen Reformern und konservativen Kräften. Im Spätherbst spitzte sich die Versorgungskrise so sehr zu, dass Nahrungsmittel und Medikamente in mehreren Städten Mangelware wurden. Am 20. Dezember kam es auf dem Kongress der Volksdeputierten in Moskau zu einem Eklat, als Aussenminister *Schewardnadse* überraschend das Handtuch warf. Schewardnadse warnte den Kongress vor den Gefahren einer Diktatur, für welche es immer deutlichere Anzeichen gebe. Anfang Januar verschärfte sich die Lage im Baltikum, nachdem die Zentralregierung angekündigt hatte, die Stellungsbefehle für Wehrdienstpflichtige nötigenfalls mit der Entsendung von Fallschirmjägern durchzusetzen: Am 9. Januar besetzten sowjetische Truppen die litauische Hauptstadt Wilna, und kurz danach griff die Rote Armee auch in der lettischen Hauptstadt Riga mit Waffengewalt ein. Die Quittung erteilten die Balten mit dem Stimmzettel. In Litauen votierten am 10. Februar 90,5 % für den Austritt aus der Sowjetunion, in Estland und Lettland am 3. März je rund 77 %. Am 31. März stimmte auch die grosse Mehrheit der Georgier zugunsten der Unabhängigkeit von Moskau. In der übrigen Sowjetunion sprach sich die Mehrheit am 17. März in einem landesweiten Referendum mehrheitlich für die Einheit der UdSSR aus. Die Zukunft der Sowjetunion blieb ungewiss – genauso wie das politische Schicksal

Gorbatschows, der sich nicht nur vom Präsidenten der Russischen Föderation, dem Radikalreformer Boris Jelzin, herausgefordert sah. Im März und April traten Hunderttausende von Bergarbeitern in den Streik; sie forderten unter anderem den Rücktritt Gorbatschows.

Innenpolitischer Rückblick

Die Schweiz verlor kurz nacheinander zwei ihrer bedeutendsten Geister: Am 14. Dezember 1990 starb *Friedrich Dürrenmatt* kurz vor seinem 70. Geburtstag, am 4. April 1991 *Max Frisch* im 80. Altersjahr. Beide waren sie Instanzen, deren Wirkung weit über unser Land hinausreichte – Zweifler, Wahrheitssucher, Moralisten. «Nur wer seine Zweifel nicht unterdrückt, ist imstande, sich selbst zu bezweifeln, ohne zu verzweifeln», formulierte Dürrenmatt in einem seiner Essays. Dürrenmatt wie Frisch standen zu ihrem Heimatland in einem eigentümlichen Spannungsverhältnis. Sie richteten Fragen an eine Schweiz, die sich nur widerwillig befragen liess, und sie äusserten ihre Zweifel gegenüber einer Nation, die Zweifeln und Selbstzweifeln kaum zugänglich war. Frisch

und Dürrenmatt wählten wiederholt das Bild des Gefängnisses – eines geistigen Gefängnisses –, um ihr Heimatland und seine Menschen zu beschreiben: «Jeder Gefangene beweist, indem er sein eigener Wärter ist, seine Freiheit. Der Schweizer hat damit den dialektischen Vorteil, dass er gleichzeitig frei, Gefangener und Wärter ist», erklärte Dürrenmatt drei Wochen vor seinem Tod, am 22. November, anlässlich des Besuches von Václav Havel. Schon Jahre zuvor, 1967, hatte Frisch geschrieben: «Die Schweiz erscheint als etwas Grossartig-Gewordenes, das zu verteidigen ist, nicht als etwas Werdendes. Fast hat man den Eindruck, dass Zukunft überhaupt als Bedrohung empfunden wird. Daher immer und immer der Begriff der Verteidigung, der Abwehr.»

Dürrenmatt wie Frisch standen den geplanten Aktivitäten zum *Jubiläumsjahr 1991* ablehnend gegenüber. Entgegen den Befürchtungen gediehen diese Anlässe jedoch nicht zu unkritischen Jubelfeiern. Viele der 700-Jahr-Veranstaltungen dienten weniger der Selbstbeweihräucherung als vielmehr der Identifikationsfindung und der Suche nach Zukunfts-Perspektiven. Zum Nachdenken über das Gewordene trat die Beschäfti-

Gastliches Appenzellerland

Hotel Anker
9053 Teufen

Familie
W. Höhener

071/33 13 45

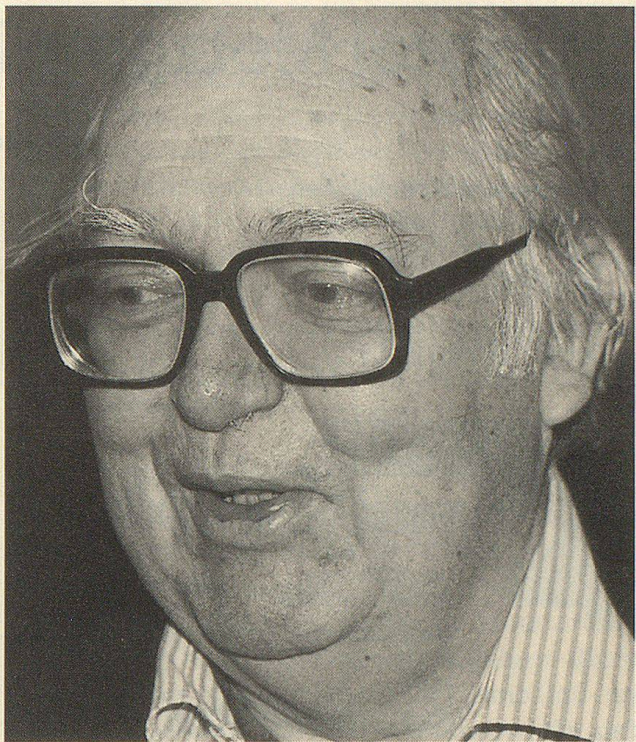
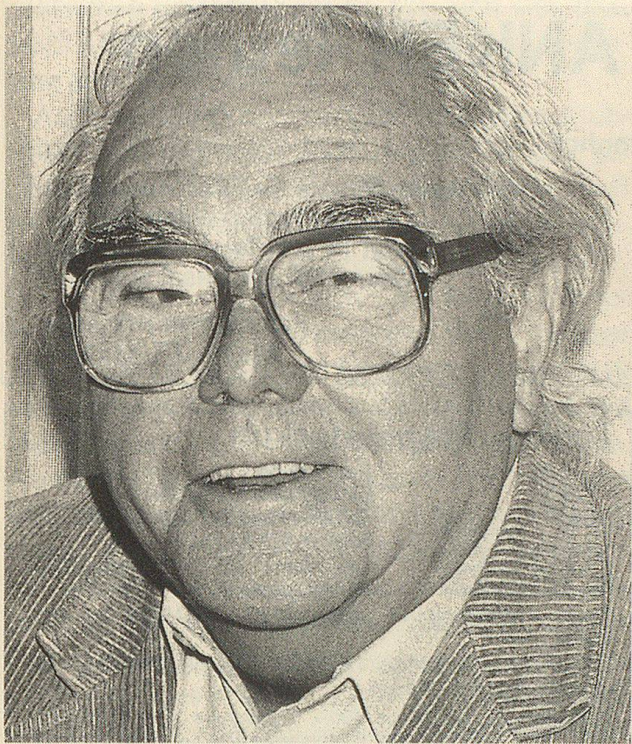
Hotel mit gutbürgerlicher Küche. Schöne Zimmer mit Radio, TV, Telefon, Bad, Dusche und WC. Mittwoch geschlossen.

Erholungsheim
Libanon
9042 Speicher

Verwalter
P. Russenberger

071/94 23 23

Haus mit 50 Betten. Vollpension. Christlich geführtes Haus mit Andachten und Saal für 60 Personen.



Die Schweiz verlor kurz nacheinander zwei ihrer bedeutendsten Geister: Am 14. Dezember 1990 starb Friedrich Dürrenmatt (rechts) und am 4. April 1991 Max Frisch.

gung mit dem werdenden, aber auch die Besinnung auf zu bewahrende Werte in einer sich wandelnden Umwelt: «Friede in Freiheit», «kulturelle und politische Vielfalt», «Gemeinsam nach innen und nach aussen».

Die Schweiz und Europa

Der Anstoss zu dieser unerwartet intensiven geistigen Auseinandersetzung mit dem Thema Schweiz kam nicht allein von innen, sondern auch von aussen: Unser Land sah sich aufgerufen und herausgefordert, sein künftiges Verhältnis zu einem sich rasch wandelnden und vereinigenden Europa neu zu definieren. Die mit grossen Erwartungen angetretenen Verhandlungen über den *Europäischen Wirtschaftsraum* mündeten in eine Sackgasse: Die EG lehnte gemeinsame Entscheidungsmechanismen innerhalb des EWR kategorisch ab. Der EWR verschaffte wohl die Möglichkeit zur Mitwirkung im europäischen Binnenmarkt, aber keinerlei Einflussmöglichkeiten auf

die künftige Gestaltung Europas. Ausserdem zeigte sich im Laufe der Verhandlungen, dass die EG den Efta-Staaten nur in beschränktem Rahmen Ausnahmerechte zuzugestehen bereit war. Der Bundesrat gab jedoch dem wachsenden politischen Druck nicht nach, die EWR-Verhandlungen noch vor deren Abschluss als gescheitert zu bezeichnen; aber er stellte in einer integrations-



Urnäsch

Voralpines Wander- und Skigebiet

Bauern- und
Sennenbekleidung
vom bekannten
Spezialgeschäft

F. Del Negro-Frehner

URNÄSCH

Telefon 071/58 12 51

politischen Erklärung am 10. Mai 1991 fest, dass die EG-Beitrittsperspektive «erheblich an Bedeutung gewonnen hat».

Auch der Golfkrieg warf für die Eidgenossenschaft heikle Fragen auf: Angesichts der geschlossenen Haltung der Staatengemeinschaft gegenüber Irak sah sich die Schweiz in ihrer *Neutralitätspolitik* vor eine neue Situation gestellt. Der Bundesrat zögerte nicht, der Boykott-Resolution des UNO-Sicherheitsrates am 7. August 1990 Folge zu leisten und Sanktionen gegen Irak zu verhängen. Erstmals beteiligte sich unser Land damit offiziell an einem Wirtschaftsembargo. Als am 17. Januar 1991 der alliierte Angriff gegen Irak begann, proklamierte der Bundesrat jedoch erneut die vollumfängliche Neutralität und verbot alliierten Flugzeugen ausdrücklich die Benützung des schweizerischen Luftraums. Dieser Positionsbezug der Landesregierung blieb nicht unbestritten; es erwies sich jetzt, wie sehr die sich verändernden internationalen Verhältnisse nach einer Neubeurteilung der Neutralität als aussenpolitischer Maxime riefen.

Wie sehr der Kleinstaat Schweiz mit der Aussenwelt verflochten war, manifestierte der ständig anschwellende Strom von *Asylbewerbern*, die in unserem Land Aufnahme beehrten. 1990 wurden über 35 000 neue Gesuche gestellt; Mitte Mai 1991 harrten gegen 65 000 Gesuche einer definitiven Entscheidung. Die offizielle Asylpolitik

sah sich mehr denn je im Spannungsfeld gegenläufiger Tendenzen: Während einzelne Kantone und Gemeinden angesichts ihrer wachsenden Betreuungs- und Fürsorgepflichten eine globale Beschränkung der Asylbewerber-Zahlen forderten, widersetzten sich Asylkomitees und kirchliche Kreise in Einzelfällen den vom Asylgesetz vorgesehenen Rückschaffungen. Zwar lehnten die Bundesbehörden weiterhin Notrechtsmassnahmen ab, doch wurde u.a. der Einsatz der Armee zur Unterstützung der Grenzschutzorgane in Erwägung gezogen.

Die Volksabstimmungen

In der Berichtsperiode wurden die Stimmberechtigten auf eidgenössischer Ebene zweimal zu den Urnen gerufen: Am 23. September 1990 hiesien sie mit 54,6 % Ja-Stimmen die Moratoriums-Initiative gut. Gemäss diesem Begehren dürfen während der nächsten zehn Jahre keine Bau- und Betriebsbewilligungen für Atomkraftwerke mehr erteilt werden. Verworfen wurde dagegen mit 52,9 % Nein-Stimmen die Volksinitiative «für den Ausstieg aus der Atomenergie». – Am 3. März 1991 wurde das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 von sämtlichen Kantonen und von 72,8 % aller Urnengänger angenommen. Die Landesring-Initiative «zur Förderung des öffentlichen Verkehrs» erzielte dagegen nur 37,2 % Ja-Stimmen. (Abschluss: 14. Mai 1991)

■ **Holz bringt mehr Freude
mit Ideen, fachmännischem
Rat, durchdachten Plänen,
sauberer Handwerkerarbeit** ■

*Toll i Form
chonnt Holz mit*

BLUMER AG

Holzbau, Schreinerei, Fensterbau
Waldstatt und Herisau

Holzbau, Schreinerei, 9104 Waldstatt, Tel. (071) 51 22 76
Holzkonstruktionen, Fassaden, Isolationen, Renovationen,
Innenausbau, Küchen, Leimbau, BSB-Konstruktionen

Fensterbau, 9100 Herisau, Tel. (071) 51 15 62
Massfenster in Holz und Holz-Alu, Hebeschiebetüren,
Faltwände, Wintergärten in Holz mit Alu-Aussenschutz.

